Stenographischer Bericht

25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 6. Dezember 1951.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind: 2. Präsident Stockbauer, Landesrat Fritz Matzner und die Abg. Dr. Kaan, Lackner, Schupfer und Weinhandl. (453)

Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952;

Antrag der Abg. Koller, Wallner, Hirsch, Wegart, Stöffler und Thaller, Einl.-Zl. 215, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Fehring—Weinberg in der ungefähren Länge von 2,4 km als Landesstraße;

Antrag der Abg. Scheer, Dr. Elsnitz, Kandutsch, Birchbauer, Weinhandl, Peterka und Strohmayer, Einl.-Zl. 216, betreffend Beschleunigung der Normalisierung des kleinen Grenzverkehrs mit Jugoslawien und Rückgabe österreichischen Privatbesitzes an die Eigentümer;

Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 217, betreffend Erklärung der Straße Groß-St.-Florian—Lasselsdorf als Landesstraße. (453)

Zuweisungen:

Beilage Nr. 67 dem Finanzausschuß;

Einl.-Zln. 215 und 216 der Landesregierung;

Einl.-Zl. 217 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann dem Finanzausschuß. (453)

Anfragen:

Anfrage der Abg. Hegenbarth, Wallner, Prassl, Koller, Dr. Amschl und Dr. Allitsch an den Herrn Landesrat Fritz Matzner, betreffend Nichtvorlage des Aktes Grenzänderung der Gemeinden Zettling-Unterpremstätten. (453)

Anfrage der Abg. Thaller, Berger, Sophie Wolf, Pötz, Wegart und Koller an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Führung einer Versuchsschule in Hainersdorf, Bezirk Fürstenfeld, im sozialistischen Sinne. (453)

Anträge:

Antrag der Abg. Egger, Ebner, Ertl, Hirsch und Thoma, betreffend Postzustelldienst im steirischen Oberland;

Verlesung des Antwortschreibens der Generaldirektion für die Post- und Telegraphendirektion durch den Präsidenten. (458)

Verhandlungen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952.

Redner: Landesrat Horvatek. (454)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 30 Minuten.

Präsident Thoma: Ich eröffne die 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: 2. Präsident Stockbauer, die Abg. Dr. Kaan, Landesrat Fritz Matzner, Weinhandl, Lackner und Schupfer.

Trotzdem die Landtagsausschüsse seit der letzten Landtagssitzung keine Beratungen ab-

gehalten haben, mußte für heute eine Landtagssitzung einberufen werden, damit der im Landtag eingebrachte Landesvoranschlag für das Jahr 1952 und die übrigen Geschäftsstücke, die aufgelegt sind, den zuständigen Ausschüssen zugewiesen werden können.

Es liegt auf:

Die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 67, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952.

Für die Beilage 1 des Landesvoranschlages und für die Erläuterungen sind auf Grund der in der letzten Regierungssitzung gefaßten Beschlüsse Berichtigungsblätter beigelegt.

Ferner liegen auf:

Der Antrag der Abg. Koller, Wallner, Hirsch, Wegart, Stöffler und Thaller, Einl.-Zl. 215, betreffend die Übernahme der Gemeindestraße Fehring—Weinberg in der ungefähren Länge von 2,4 Kilometer als Landesstraße;

der Antrag der Abg. Scheer, Dr. Elsnitz, Kandutsch, Birchbauer, Weinhandl, Peterka und Strohmayer, Einl.-Zl. 216, betreffend Beschleunigung der Normalisierung des kleinen Grenzverkehrs mit Jugoslawien und Rückgabe österreichischen Privatbesitzes an die Eigentümer;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zl. 217, betreffend Erklärung der Straße Groß-St.-Florian—Lasselsdorf als Landesstraße.

Unter der Voraussetzung, daß kein Einwand erhoben wird, werde ich die Zuweisung aller aufliegenden Geschäftsstücke vornehmen. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Ich weise zu:

Die Beilage Nr. 67 dem Finanzausschuß, die Einl.-Zln. 215 und 216 der Landesregierung, die Einl.-Zl. 217 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß, sodann dem Finanzausschuß.

Ich nehme die Zustimmung zu diesen Zuweisungen an, wenn kein Einwand erhoben wird. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben, es verbleibt daher bei den vorgenommenen Zuweisungen.

Eingebracht wurde von den Abg. Hegenbarth, Wallner, Prassl, Koller, Doktor Amschl und Dr. Allitsch eine Anfrage an den Herrn Landesrat Fritz Matzner, betreffend Nichtvorlage des Aktes Grenzänderung der Gemeinden Zettling-Unterpremstätten.

Diese Anfrage wird dem Befragten sofort zu gestellt.

Anträge sind nicht eingebracht worden.

Zum Landesvoranschlag und die Landesumlage für das Jahr 1952 wünscht der Finanzreferent der Steiermärkischen Landesregierung, Herr Landesrat Horvatek, zu sprechen. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Der Voranschlag 1952 war aus drei Gründen nicht leicht zu erstellen. Erstens haben die Verhandlungen über den sogenannten Finanzausgleich spät begonnen, so daß wenig Zeit zur Durcharbeitung des Voranschlages zur Verfügung stand. Zweitens war das Leitmotiv bei der Erstellung des Voranschlages, alle begonnenen wichtigen Bauarbeiten des Landes in den Voranschlag 1952 bedeckt einzubauen und drittens war es notwendig, den Voranschlag wesentlich zu kürzen, da weitaus höhere Anforderungen von Seite der einzelnen Referate gestellt worden waren, als sie bedeckt werden können mit Einnahmen, die dem Lande im Jahre 1952 voraussichtlich zur Verfügung stehen werden.

Ich möchte zu Punkt 1 folgendes sagen:

Die Finanzausgleichs-Verhandlungen wurden eingeleitet am 10. Oktober 1951 und sind zum Abschluß gekommen am 5. November 1951. Die Problematik dieser Verhandlungen war äußerst schwierig. Es sind folgende Forderungen gegenübergestanden: Der Bundesminister für Finanzen Dr. Margaretha forderte, daß der Bundesvorzugsanteil, das sogenannte Bundespräzipium von 400 auf 650 Millionen Schilling erhöht werde. Der Gemeindebund und der Österreichische Städtebund forderten wieder, die Länder sollten einen wesentlich größeren Teil des Bundesvorzugsanteiles als Last übernehmen und die Landesumlage solle wesentlich gekürzt werden. Der Gemeindebund forderte vom Städtebund Änderungen des qualifizierten Bevölkerungsschlüssels, der zur Berechnung der Leistungen der Bundesertragsanteile an die Gemeinden dient und außerdem eine Neuverteilung der Belastung, wie sie durch den Bundesvorzugsanteil erfolgt und der Städtebund forderte eine Erhöhung der Grundsteuer A. Es ergab sich bei den Verhandlungen eine Front des Gemeinde- und Städtebundes und der Landesfinanzreferenten gegen die Forderung des Bundesministers für Finanzen nach Erhöhung des Bundesvorzugsanteiles, der bedeutet, daß der Bundesfinanzminister von der Summe jener Anteile an gemeinschaftlichen Abgaben, die den Ländern und Gemeinden nach dem Gesetze gebühren, vorweg einen Betrag für sich zurückbehält. Das waren im Jahre 1951 400 Millionen Schilling. Um diese Forderung des Finanzministers hat ein wirklich schwerer Kampf, ich darf beinahe sagen, getobt. Es ist soweit gekommen, daß der Ministerrat und die maßgebenden Herren der Regierungsparteien sich wiederholt mit dieser Forderung beschäftigen mußten. Schließlich hat man einen Weg gefunden und

das Bundespräzipium in der alten Höhe beibehalten. Eine Mehrbelastung der Länder und Gemeinden ist durch das Bundespräzipium nicht eingetreten, es bleibt bei 400 Millionen Schilling. Die Frage der Verteilung des Bundespräzipiums war Gegenstand einer eingehenden Erörterung zwischen den Vertretern der Gemeinden, Städte und der Landesfinanzreferenten mit dem Ergebnis, daß die Länder sich im Hinblick auf die Verschlechterung der Finanzlage der Gemeinden bereitgefunden haben, höhere Anteile am Bundespräzipium zu übernehmen, so daß eine Neuverteilung erfolgt ist. Es leisten nun die Länder, mit Ausnahme von Wien und Niederösterreich, 21 % zu diesem Bundespräzipium, Niederösterreich 5 %, Wien bleibt bei der alten Leistung, also wie bisher bei 30 % %, während die Gemeinden zusammen nun 41 $\frac{1}{3}$ % zu leisten haben. Das bedeutet für das Land Steiermark eine Mehrbelastung von etwa 9 Millionen Schilling zu Gunsten der Gemeinden. Für die Gemeinden bedeutet das eine wesentliche Entlastung. Während sie früher einen Beitrag von 200 Millionen Schilling getragen haben, zahlen sie jetzt nur rund 160 Millionen Schilling an Bundespräzipium.

Die Frage, die zwischen Gemeinde- und Städtebund zur Erörterung gestanden ist, hat eine Lösung noch nicht gefunden. Es wurde die Vereinbarung getroffen, Verhandlungen in der ersten Hälfte 1952 mit dem Ziele einer Neuformulierung des qualifizierten Bevölkerungsschlüssels im Hinblick auf die Forderungen des Gemeindebundes aufzunehmen. Schließlich hat der Bundesfinanzminister den Wunsch der Städte und Gemeinden aufgenommen, der die Erhöhung der Grundsteuer A zum Ziele hat, und zwar ist geplant eine Verdoppelung des Hebesatzes, statt 200 ein Plafond von 400 %, wobei durch Landesgesetze eine Mindesthöhe von 200 % vorzuschreiben wäre. Nachdem das Finanzausgleichsgesetz im Nationalrat noch nicht erledigt ist, kann ich nicht sagen, in welcher Form der Nationalrat diese Forderung erfüllen wird.

Als Zweites schwebte uns vor, alle Vorsorgen zu treffen, um unter allen Umständen die großen Bauvorhaben des Landes, die im Rohbau fertig sind und sich der Vollendung nähern, 1952 wirklich beenden zu können. Es handelt sich vor allem um die drei großen Amtsgebäude in Graz, Feldbach und Radkersburg, weiters um das Zentral-Röntgeninstitut, die zwei Wohngebäude für die Krankenhäuser in Voitsberg und Bruck; um die Fertigstellung des Volkshausbildungsheimes St. Martin und die Aufstockung eines Nebengebäudes des Landeskrankenhauses Rottenmann, um die Fertigstellung und Ausgestaltung von Grabnerhof und Kirchberg a. W., — zwei landwirtschaftliche Fachschulen — schließlich um den schon beschlossenen Neubau eines Wohngebäudes Ecke Rechbauerstraßen-Krenngasse und den Ausbau begonnener Landesstraßen. Ich kann jetzt schon sagen, daß die Möglichkeit, diese Bauvorhaben durchzuführen, absolut gegeben erscheint, wenn nicht irgend-

welche Ereignisse eintreten, die die Erfüllung des Voranschlages gefährden könnten.

Schließlich wäre noch die Frage der Einrichtung des Voranschlages im Hinblick auf die zu großen Forderungen der einzelnen Referate zu erwähnen. Der erste Zusammensatz des Voranschlages auf Grund der Unterlagen, die uns die einzelnen Abteilungen, Ämter, Anstalten und Betriebe zur Verfügung gestellt haben, hatte folgendes Ergebnis: Wir hätten im ordentlichen Haushaltsplan einen Abgang von 59,2 Millionen Schilling und im außerordentlichen einen solchen von 67,7 Millionen Schilling, zusammen einen unbedeckten Abgang von rund 127 Millionen Schilling gehabt. Es ist klar, daß ein verantwortungsbewußter Finanzreferent mit einem solchen Voranschlag nicht einmal in die Regierung gehen kann, weil diese ihn als unmöglich zurückweisen würde, noch weniger aber vor den Finanz- und Budget-Ausschuß und vor das Plenum des Landtages. Ich habe mich daher mit meinen Mitarbeitern der Mühe unterzogen, mit sämtlichen Fachbearbeitern und Abteilungsvorständen den Voranschlag gründlich durchzupflügen und einvernehmlich jene Kürzungen vorzunehmen, die im Hinblick auf die Verwaltung und die Aufgaben des Landes tragbar erschienen und damit den Voranschlag so zu erstellen, wie er ohne die jetzt angeschlossenen Beilagen der Regierung vorgelegt wurde.

Die Landesregierung, der der Voranschlag erst Samstag vor acht Tagen zur Verfügung gestellt werden konnte, hat sich nicht in der Lage gesehen, den Voranschlag schon am Montag zu genehmigen, so daß er in der letzten Landtagsitzung hätte vorgelegt werden können, sondern die Regierung hat beschlossen, ihn einem eingehenden Studium zu unterziehen und in einer Regierungssitzung, die mit Unterbrechungen 1½ Tage gedauert hat, gewisse Änderungen vorzunehmen. In dieser Sitzung ist es zu Änderungen gekommen, die in den Beilagen, die Sie sowohl zum Voranschlag wie zu den Erläuterungen aufliegen haben, enthalten sind, während die Gesetzesvorlage mit den Bemerkungen schon umgearbeitet wurde, also alle die Änderungen, die Sie aus den Beilagen ersehen, bereits enthält, so daß Sie hier die richtigen Ziffern zur Verfügung haben.

Nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf ist der ordentliche Haushaltsplan ausgeglichen, und zwar sind Ausgaben in der Höhe von 579,985,800 S, denen Einnahmen in der gleichen Höhe gegenüberstehen. Dagegen ist der außerordentliche Haushaltsplan nicht ausgeglichen. Er sieht vor Ausgaben in der Höhe von 81,775.000 S, denen Einnahmen in der Höhe von 33,709.000 S gegenüberstehen, so daß also ein unbedeckter Abgang von 48,066.000 S vorliegt, wenn nicht der Beschluß, der in der Gesetzesvorlage unter § 3 angeführt wurde, durchgeführt würde. Dieser Paragraph sieht im Abs. 2 vor, daß durch eine 3prozentige Kürzung bestimmter Sachkredite die Möglichkeit geschaffen werden soll, noch eine Bedeckung des außerordentlichen Haushaltsplanes in der Höhe von 5,274.000 S zu

schaffen, so daß im außerordentlichen Voranschlag noch unbedeckt bleiben 42,792.000 S. Wenn man also den Umfang des Voranschlages ansieht, muß man sagen, daß er wesentlich größer ist als der des Vorjahres. Es könnte die Frage entstehen, ob er nicht übertrieben aufgebläht ist. Ich muß das verneinen. Wir wissen, daß das heurige Jahr uns nicht nur Lohn- und Preisbewegungen gebracht hat, die ihren Niederschlag schließlich im 5. Lohn- und Preisabkommen gefunden haben, sondern daß auch für die öffentlichen Bediensteten zwei Nachziehverfahren durchgeführt wurden. Die Folge davon war, daß nicht nur die Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte wesentlich gestiegen sind, sondern auch die Einnahmen, die durch die Steueränderungsgesetze, die damit verbunden waren und die der Nationalrat beschlossen hat, wesentlich erhöht wurden. Wir können also nicht nur mit erhöhten Einnahmen rechnen, sondern auch mit entsprechend erhöhten Ausgaben. In den Bemerkungen zum Gesetz ist in sehr interessanter Weise die Steigerung der Ausgaben dargelegt. Wir müssen feststellen, daß die Ausgaben im ordentlichen Haushalt — das haben Sie auf Seite 5 — gegenüber dem Voranschlag 1951 um 52¼ % gestiegen sind, das heißt der Voranschlag hat sich um rund ein Drittel der Gesamtsumme erhöht. Das ist ein außerordentlich großer Betrag und wir sind bei rund 579 Millionen Schilling angelangt. Wenn man sich nun die Verteilung dieses Mehrbetrages ansieht, so ergibt sich, daß er nicht alle Gruppen des Voranschlages gleich getroffen hat. Es ist z. B. der Personalaufwand weniger gestiegen als die Gesamterhöhung, nämlich um rund 45 %, daher ist er, der vom Gesamtvoranschlag etwas mehr als rund 30 % — genau sind es 30,79 % — beträgt, etwas niedriger als 1951, wo er 33,42 % der Ausgaben des ordentlichen Haushaltes beansprucht. Es hält sich also der Personalaufwand in absolut normalen Grenzen, besonders wenn man bedenkt, daß darin nicht nur die Aufwendungen für die aktiven Bediensteten, einschließlich der sozialen Lasten, enthalten sind, sondern auch der gesamte Pensionsaufwand.

Der Sachaufwand ist wesentlich stärker gestiegen, um rund 53 %, der Zweckaufwand um rund 48 %, die Förderungsbeiträge — übrigens ein Beweis dafür, daß das Land in zunehmendem Maße auch freiwillige Verpflichtungen auf sich nimmt — um 57 %. Alle diese Steigerungen — die Durchschnittsteigerung, wie ich schon erwähnt habe, beträgt 52 % — finden im ordentlichen Haushaltsplan ihre vollkommene Deckung.

Es hat die Gefahr bestanden und man hat davon schon geredet, daß in absehbarer Zeit vermutlich wieder ein Lohn- und Preisabkommen notwendig werden würde. Dieses Gerede ist nun verstummt, weil einerseits durch den dringenden Appell des Gewerkschaftsbundes und andererseits durch die Einflußnahme des Herrn Ministers a. D. Raab als Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer eine Preissenkungs-

aktion eingeleitet wurde, die allerdings den Erfolg, den die Bevölkerung sich erwartet, noch nicht gebracht hat. Doch hat sie bereits dazu geführt, daß ein wirklicher Preisstop und eine Art Lohnstop eingetreten ist. Es wäre nur wünschenswert, daß für 1952 diese Entwicklung anhielte und daß wir einmal ein Jahr erleben, in dem wir mit stabilen Summen rechnen können. Denn die wirkliche Verlegenheit eines jeden Finanzreferenten und eines jeden, der gebaren muß, liegt darin, daß er in den letzten Jahren nie mit Sicherheit rechnen konnte, ob die Zahlen auch halten würden, die er vorsah. Im Interesse der gesamten Wirtschaft liegt es, daß die Beruhigung auf dem Preis- und Lohnsektor an- und durchhält. Dazu gehört auch natürlich eine gewisse Disziplin sowohl auf der Seite der Produzenten, wie auch der Verteiler und schließlich der Konsumenten. Wir müssen einsehen, daß unsere Bedürfnisse notwendigerweise befriedigt werden, aber daß niemand, weder die öffentliche Hand noch Private über das Maß, welches im Rahmen der österreichischen Wirtschaft gegeben ist, hinausgehen kann. Ich persönlich bin auf Grund der Beurteilung der Gesamtlage und der vielen Unterredungen, die ich im Laufe der Zeit hatte, der absoluten Überzeugung, daß es in Österreich keine Abwertung der Währung geben wird und kann. Das Gerücht von einer Abwertung, das wir wieder vor einiger Zeit flüstern gehört haben, dient nur dazu, um gewissen Spekulanten Aussichten zu geben. Es liegt weder im Interesse des österreichischen Staates, noch im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft, daß eine Währungsmanipulation stattfindet; wir haben nur ein Interesse, daß wir zur vollkommen stabilisierten Wirtschaft kommen und das werden wir nur erreichen, wenn jeder an seinem Platze das Nötige beiträgt, der Konsument und die Hausfrau mit der Einkaufstasche, die Produzenten und Verteiler mit der entsprechenden Kalkulation und mit einer Beschränkung auf eine erträgliche Gewinnspanne.

Ich möchte zur Entwicklung des Landeshaushaltes etwas Interessantes vorbringen. Unser Landeshaushalt hat seit 1945 eine außerordentliche Ausweitung erfahren. Ich stelle fest, daß die Zahlen, die ich hier vorbringe, bis 1947 nicht auf dem Finanzausgleich beruhen, sondern auf der Tatsache, daß wir vom Bundesministerium für Finanzen neben den eigenen Einnahmen des Landes nur Finanzzuweisungen erhielten, die nach reichsgesetzlichen Normen bestimmt waren. Nach den Nachweisungen oder dem Rechnungsabschluß 1945 hatten wir einen Gesamtverbrauch von 16,623.000 S. Er bezieht sich auf die Zeit nach dem 8. Mai 1945. Im Jahre 1946 war unser gesamter Verbrauch 44,8 Millionen, im Jahre 1947 83 Millionen Schilling. Im Jahre 1948 ist der Finanzausgleich das erstmalig wirksam geworden, da mußten wir die mittelbare Bundesverwaltung mit all ihrer Belastung übernehmen, was zu einem Gesamtausgabebetrag von 196,8 Millionen Schilling führte. 1949 betrug die Ausgabe 248 Millionen Schilling,

1950 335 Millionen Schilling. Ab 1951 stehen uns nur die Voranschlagsziffern zur Verfügung, da das Jahr noch nicht abgeschlossen ist. Der Voranschlag 1951 sieht Ausgaben von 412 Millionen Schilling vor, während 1952, wie ich schon erwähnt habe, ein Betrag von 579,985.000 S erreicht wird. Wir sehen in dieser Entwicklung einerseits die Möglichkeit, seit 1949 wirklich die Landesaufgaben voll zu erfüllen. Wir sehen aber auch, daß durch die Beunruhigung im Wirtschaftsleben eine gewisse Abwertung, wenn ich das so ausdrücken kann, eine stille Abwertung des Geldes erfolgt ist, eine Erhöhung der Preise und Löhne, die zur Ausweitung des Voranschlages in der geschilderten Weise geführt haben. Meine Hoffnung ist die, daß es dabei bleibt, daß wir nun mit stabilen Zahlen arbeiten können.

Ich gehe nun zurück zum ordentlichen Voranschlag selbst und möchte auf einige Dinge hinweisen. Es war für mich sehr interessant, festzustellen, ob die Gruppen 0 bis 9 im Landesvoranschlag, die alle Aufgaben des Landes umfassen, stets im gleichen Verhältnis in den einzelnen Jahren beteiligt sind oder ob wir bedeutende Schwankungen haben. Ich konnte erfreulicherweise feststellen, daß sich die Anteile bei den beteiligten Gruppen immer annähernd im gleichen Rahmen hielten, was ich als Beweis dafür ansehe, daß jeder Sparte die notwendigen Mittel im Rahmen des Möglichen zur Verfügung standen. Ich bemerke, daß ich nur die nicht vollkommen korrigierten Ziffern zur Verfügung habe, weil die Beilage, die nach dem Regierungsbeschlusse vorgelegt werden mußte, erst vor der Landtagssitzung fertig wurde und mir nicht die Möglichkeit zur Durchrechnung in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit geboten hat. Wir können sagen, daß die allgemeine Verwaltung, Gruppe 0, vom Gesamtvoranschlag 17,9 % beansprucht. Der Zuschußbedarf, das ist das, was wir an Steuermitteln dazugeben müssen, weil die Einnahmen nicht vorhanden sind, beträgt 29,3 %.

Bei der Gruppe 1 ist der Aufwand vom Gesamtbedarf 2,6 %, während wir zuschießen müssen 3,2 %.

Bei der Gruppe 3, Kulturwesen, ist der Gesamtbedarf im ordentlichen Haushaltsplan 3,4 %, der Zuschußbedarf 5,4 %.

Bei der Fürsorge ist der Aufwand 9,9 %, der Zuschußbedarf 9,1 %, das heißt, es wird diese Gruppe relativ vom gesamten Aufwand nicht so sehr bedacht, wie man annehmen könnte.

Beim Gesundheitswesen ist der Gesamtaufwand 26 %, von den Zuschußmitteln werden gebraucht 9,7 %.

Bei der Gruppe 6 ist der Gesamtaufwand 18,3 %, hingegen der Zuschußbedarf 31,6 %. Dies ist ja begreiflich, da das Straßenwesen keinerlei Einnahmen bringen kann. Es müssen daher hier die Zuschußmittel in stärkerem Maße herangezogen werden.

Bei öffentlichen Einrichtungen und Wirtschaftsförderung ist ein Gesamtbedarf von

5,3 % festzustellen, der Zuschußbedarf beträgt 8,5 %.

Bei Wirtschaftsunternehmungen und Beteiligungen ist das Gesamterfordernis 3,6 % des Voranschlages, der Zuschußbedarf beträgt 3,2 %.

Wir haben als Zuschußmittel insgesamt zur Verfügung — unkorrigiert — 326,938.000 S. Diese Zuschußmittel werden, wenn ich sie klassifiziere, in erster Linie herangezogen für Straßenbau, in zweiter Linie für den Personalaufwand, in dritter Linie für das Gesundheitswesen, in vierter Linie für das Fürsorgewesen und in fünfter Linie für die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung, während in den übrigen Kapiteln verhältnismäßig wenig gebraucht wird, weil sie nicht so umfangreich sind.

Sowohl der Anteil am Gesamtaufwand als auch der Anteil am Zuschußbedarf sind seit 1945 annähernd gleich geblieben. Es hat sich lediglich eine bescheidene Steigerung ergeben auf dem Gebiete von Unterricht und Kultur und dort, wo wir Förderungsaufgaben zu erfüllen haben.

Ich möchte nun darauf hinweisen, daß wir in unserem Voranschlag, und zwar im ordentlichen Voranschlag, eine ganze Reihe von sehr wichtigen Posten haben, die in Wirklichkeit einmalige und ganz besondere Ausgaben bedeuten und die nicht nur bedeuten, daß die Einrichtungen des Landes sich verbessern werden, sondern auch, daß dem Bausektor eine Reihe von Arbeiten übertragen werden kann, was wesentlich zur Vollbeschäftigung beiträgt.

Es sind vorgesehen zur Errichtung notwendiger Schulbauten 2,000.000 S, zur Errichtung von Landeszentralberufsschulen, das sind jene Schulen, in denen Lehrlinge einer Berufsgruppe zusammengezogen werden, die keine eigene Berufsschule haben, 600.000 S, für Studienbeihilfen 700.000 S, für Museen und deren Instandsetzungen 528.000 S, für die Übernahme des Stadtmuseums Graz 125.000 S, für die Ausgestaltung der Landesbetriebe 124.000 S, für Studienbeihilfen an Hochschüler 240.000 S, für die Einrichtung des Künstlerhauses und die Schaffung einer Zentralheizung dort ein Drittel des notwendigen Betrages, das sind 145.000 S, für die Ausgestaltung von St. Martin 384.000 S, für das Landesarchiv, den Neubau in der Hamerlinggasse, wo Betondecken eingezogen werden müssen, 600.000 S, für Denkmalpflege 422.000 S, für die Ausbildungsanstalt für körperbehinderte Jugendliche 391.000 S, für das Fürsorgeheim Ehrnau 172.000 S, für das Fürsorgeheim Knittelfeld eine Warmwasseranlage von 780.000 S. Dann kommt eine Post von großer sozialer Wichtigkeit, das ist die Schülerauspeisung, die nun vom Land zu dotieren sein wird, in der Höhe von 2,128.700 S.

Und nun die Ausgaben für die einzelnen Krankenhäuser: Landeskrankenhaus Graz 2,8 Millionen Schilling, Fürstenfeld 3 Millionen Schilling, Leoben, und zwar für den Einbau einer Zentralheizung 1,8 Millionen Schilling, für den Ausbau der Stolzalpe — Fertigstellung und

Einrichtung und einige andere notwendige Arbeiten — 5,2 Millionen Schilling, Feldhof 2 Millionen Schilling. Für die Landesturnhalle, und zwar für die Fertigstellung des Garderobengebäudes sind vorgesehen 400.000 S, für die Wohnbauförderung 9,7 Millionen Schilling gegenüber 5 Millionen Schilling heuer. Und dann ist noch 1 Million Schilling verfügbar, über die aber noch im Finanzausschuß zu reden sein wird und die zur Erleichterung der Unterbringung und Ansiedlung von Volksdeutschen dienen soll.

Für den Aus- und Neubau der Landesstraßen sind in der ordentlichen Gebarung 49,640.000 S vorgesehen, für die Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen 7,157.000 S, für die Vorkämpfungen gegen Schäden höherer Gewalt 1,250.000 S, für die Förderung des Fremdenverkehrs 1,643.000 S, für die Landesbahnen insgesamt ein Zuschuß von 7,186.000 S, für die Beteiligung an der Flughafengesellschaft rund $\frac{1}{4}$ Million Schilling.

Ich habe einige dieser Zahlen deshalb erwähnt, weil der ordentliche Haushaltsplan eine Reihe von wichtigen Vorhaben enthält, die, wenn sie nicht besonders hervorgehoben werden, gar nicht in Erscheinung treten. Es ist nicht wahr, daß nur der außerordentliche Voranschlag bedeutsame Aufgaben zu erfüllen hat, sondern auch im ordentlichen Voranschlag ist eine Reihe wichtigster Dinge enthalten, die, weil sie ja voll bedeckt sind, auch zur Durchführung kommen werden, so daß zu erwarten steht, daß die Einrichtungen des Landes im Laufe des nächsten Jahres eine wesentliche Verbesserung erfahren werden.

Wenn ich nun den außerordentlichen Voranschlag in Betracht ziehe, will ich nicht zurückkommen auf die Vorhaben, die ja schon bekannt sind, sondern ich will nur von jenen Vorhaben sprechen, die neu und daher interessant sind. Wir haben in der Gruppe 0 nichts Neues. In der Gruppe 3, Kulturwesen, ist vorgesehen der Wiederaufbau des bombenzerstörten Konzertsaaltraktes im Konservatorium, aber nur dann, wenn wir dazu besondere Einnahmen haben werden, denn die Bedeckung war bisher nicht möglich.

In der Gruppe Fürsorgewesen soll die Übernahmestelle für verwaarloste Jugendliche im Rosenhof ausgebaut werden, dafür sind 3,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Landekrankenhaus Graz sind neben den bereits im Bau befindlichen Vorhaben einige sehr wichtige, von den Primärärzten dringend geforderte Einrichtungen geplant. Dazu gehört der Ausbau und die Instandsetzung der Zahnklinik. Hiefür ist eine erste Baurate von 700.000 S vorgesehen, ferner für die Errichtung der Wasserbettstation in der Dermatologischen Abteilung sind eingesetzt 500.000 S. Erwähnenswert wäre noch die Einrichtung und Ausgestaltung eines Operationssaales in Hörgas-Enzenbach, damit in diesen Anstalten im Interesse der Kranken auch die Lungenchirurgie durchgeführt werden kann.

Schließlich ist vorgesehen eine erste Baurate für den Neubau einer sogenannten Krankenpflegerinnenschule im Betrage von 3.000.000 S. Die Bedeckung beträgt nur 1.8 Millionen Schilling. Wir haben schließlich noch vorgesehen eine erste Baurate für das Krankenhaus in Wagna, denn es müssen dort endlich stabile und ordentliche Verhältnisse geschaffen werden. Die Bedeckung beträgt 1.8 Millionen Schilling bei einer Ausgabensumme von 3.000.000 S.

Schließlich sind noch zu erwarten etwa 3 Millionen Schilling ERP-Mittel, so daß auch die Landwirtschaftsschulen ausgestaltet werden können, wie Grabnerhof, Kirchberg a. W. und Silberberg, wo auch noch einiges fehlt.

Wichtig erscheint mir noch die vorgesehene Beteiligung an der Schöckelseilbahn mit 500.000 S. Schließlich soll noch, wie ich schon früher erwähnt habe, neu gebaut werden das Haus Ecke Rechbauerstraße-Krenngasse, um eine Entlastung des Landeskrankenhauses Graz-Ost zu erreichen.

Ich glaube, wir haben das Recht, zu erwarten, daß der Voranschlag 1952 auch in der vom Budgetausschuß vielleicht etwas geänderten Form halten wird, daß er damit die Aufgaben, die dem Land und der Landesregierung gestellt sind, erfüllen wird, und zwar so, daß eine wesentliche Verschuldung des Landes nicht eintritt. Es ist im außerordentlichen Haushaltsplan noch eine sehr wichtige Post vorgesehen, über die ja noch geredet werden wird, und zwar muß das Land trachten, die Produktionseinrichtungen der Steweag auszubauen. Es ist daran gedacht, unter Umständen durch eine Kreditoperation hierfür die notwendigen Mittel zu schaffen.

Augenblicklich kann man sagen, daß das Land fast schuldenfrei ist. Wenn die Zeit kommen würde, wo wir im Kreditwege wichtige und notwendige Bauvorhaben zu tätigen haben werden, wird das Land Darlehen und Kredite aufnehmen können, weil durch die bisherige Gebarung eine Verstopfung von Kreditmöglichkeiten vermieden worden ist. Es sind daher künftige Schwierigkeiten zweifellos überbrückbar.

Ich darf das Hohe Haus bitten, bei den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß den Voranschlag einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Er ist außerordentlich gewissenhaft erstellt, durch seine Erläuterungen gibt er bis in die Einzelheiten der Gebarung Einblick und es wird nach meiner Meinung die Beratung verhältnismäßig leicht und reibungslos vor sich gehen können. Ich darf ferner bitten, diese Beratungen im Geiste des Verantwortungsbewußtseins, das uns alle erfüllen muß, zu führen und insbesondere die Interessen des Landes vor Augen zu haben. Ich bin überzeugt, daß eine gründliche Prüfung des Voranschlages und seine endgültige Beschlußfassung wieder erweisen wird, daß die Demokratie jene Form des Zusammenlebens und der politischen Willensbildung ist, die zur freudvollen Zusammenarbeit führt, die es uns in Österreich ermöglichen wird, bald unsere volle Unabhängigkeit

und Freiheit zu erreichen und damit dem zu dienen, dem wir alle dienen wollen, einem kommenden dauernden Frieden. (Allgemeiner anhaltender Beifall.)

Präsident: Ich habe eine Verlautbarung vorzunehmen: Die Abg. Thaler und Kollegen haben in der 21. Landtagssitzung am 9. Juli 1951 eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Führung einer Versuchsschule in Hainersdorf, Bezirk Fürstenfeld, im sozialistischen Sinne gerichtet. Der Herr Landeshauptmann hat diese Anfrage schriftlich beantwortet. Die schriftlich erteilte Antwort wurde dem Abg. Thaler als erstunterfertigtem Anfragersteller zugestellt.

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich dem Hohen Landtag über die Antworten berichten, die zwei Bundesministerien der Landesregierung zu dem Landtagsbeschuß vom 12. Juni 1951, Beschuß Nr. 147, zukommen ließen.

Der angeführte Landtagsbeschuß hat folgenden Wortlaut: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Graz geeignete Schritte zu unternehmen, damit eine Verbesserung der jetzt bestehenden Verhältnisse im Postzustelldienst im steirischen Oberlande eintritt. Gleichzeitig ist das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zu ersuchen, im Interesse des Fremdenverkehrs die angeführten Bestrebungen nach Kräften zu fördern.“

Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, an das die Landesregierung in Entsprechung dieses Landtagsbeschlusses in erster Linie herangetreten ist, hat folgendes mitgeteilt:

„Bei der Zustellung der Postsendungen in den Landgemeinden muß unterschieden werden, ob es sich um die Zustellung im Postort oder um die Zustellung im Landbriefträgerbezirk eines Postamtes handelt. Im Postort erfolgt die Zustellung im allgemeinen werktäglich nach Ankunft des postführenden Kurses. Zu dem Zustellbereich eines Landpostamtes gehören aber auch die kleineren Orte der Umgebung. Die Zustellung der Sendungen für diese Orte wird durch den Landbriefträger durchgeführt.“

Die Zustellung in den Landbriefträgerbezirken richtet sich nach dem Umfang der durchschnittlich vorliegenden Post und der zurückzulegenden Wegstrecke sowie nach der Beschaffenheit des Geländes. Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird in den Landbriefträgerbezirken je nach den örtlichen Verhältnissen zwei bis sechsmal wöchentlich zugestellt. Im steirischen Oberland mit seiner überwiegend gebirgigen Beschaffenheit und den vielfach verstreut liegenden Bauerngehöften ist die Postzustellung mit großen Schwierigkeiten verbunden. Der Landbriefträger muß weite Wegstrecken meist zu Fuß zurücklegen, da das gebirgige Gelände die Benützung eines Fahrrades vielfach nicht

zuläßt. Die Zahl der zur Zustellung vorliegenden Briefsendungen ist aber im Vergleich zu der großen Ausdehnung der Landbriefträgerbezirke, in denen sich vorwiegend Streusiedlungen befinden, sehr gering und rechtfertigt nicht einmal die zwei bis dreimal wöchentliche Postzustellung, die für diese Bezirke vorgesehen ist.

Die Einrichtung einer wöchentlich sechsmaligen Postzustellung wäre mit großen Personalauslagen verbunden, die aber mit Rücksicht auf die budgetäre Lage nicht in Betracht gezogen werden kann.

Wir sind aber bestrebt, durch Einsatz technischer Hilfsmittel, wie Fahrräder u. dgl., wenigstens eine teilweise Verbesserung der Landzustellung ohne Personalvermehrung durchzuführen. Die vorwiegend hügelige und bergige Bodenbeschaffenheit des Landes Steiermark erlaubt aber nur im beschränkten Umfang die Verwendung des Fahrrades im Landzustellendienst.

Eine weitere Verbesserung der Briefzustellung auf dem Lande hatten wir durch die Aufstellung von Abgabebriefkasten in Aussicht genommen. Durch diese Maßnahme war beabsichtigt, für abseits von geschlossenen Ortschaften gelegene Gehöfte, Rotten, Weiler u. dgl. eine öftere Postzustellung zu ermöglichen. Leider hat die Einführung der Abgabebriefkasten wenig Anklang bei den in Betracht kommenden Bevölkerungskreisen gefunden und konnte bisher nur im geringen Ausmaße durchgeführt werden.

Aus den angeführten Gründen ist es der Postverwaltung zurzeit leider nicht möglich, weitere Verbesserungen im Landzustellendienst in Erwägung zu ziehen und bitten wir Sie, diesem Umstände Verständnis entgegenbringen zu wollen.“

Das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, das von der Landesregierung er-

sucht wurde, im Interesse des Fremdenverkehrs die Bestrebungen auf Verbesserung des Postzustellendienstes im steirischen Oberland nach Kräften zu fördern und beim Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe in diesem Sinne vorstellig zu werden, hat geantwortet, daß es die Möglichkeiten zur Verbesserung des Postzustellendienstes im steirischen Oberland mit dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe gemeinsam erörtert habe und von einer eigenen Stellungnahme absehe, weil die Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe der Landesregierung bereits vorliege.

Nach diesen Antworten der in Betracht kommenden Bundesministerien kann damit nicht gerechnet werden, daß der Postzustellendienst im steirischen Oberland in nächster Zeit eine Besserung erfahren wird.

Ich komme auf den Landesvoranschlag zurück. Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß der Finanzausschuß die Beratungen über den Landesvoranschlag zu einer Zeit beenden wird, daß die Verabschiedung der Gesetzesvorlage im Hause wenn möglich noch vor Weihnachten erfolgen kann.

Die Obmännerkonferenz hat beschlossen, mit den Sitzungen des Finanzausschusses Mittwoch, den 12. Dezember 1951 nachmittags zu beginnen. Gesonderte Einladungen ergehen an die Mitglieder des Ausschusses.

Die nächste Sitzung des Hohen Hauses wird für Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. Dezember 1951 in Aussicht genommen. Auch zu dieser Sitzung werden schriftliche Einladungen ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.)